

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«

– Karl Marx



WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 13 6. Mai

Solidarität mit den Lehrer*innen!

Der Arbeitskampf der Berliner Lehrer*innen geht in die nächste Runde. Nach mehreren Warnstreiks, zuletzt am 23. April, planen die Lehrer*innen in Berlin eine Protestwoche vom 13.-17. Mai. Dabei brauchen sie auch unsere Solidarität.

Seit 2004 werden neu angestellte Lehrer*innen in Berlin nicht mehr verbeamtet. Jetzt arbeiten in Berlin circa 9.000 angestellte Lehrkräfte (30% von allen). Deren Anzahl wird sich in den kommenden Jahren stark ausweiten. Das Durchschnittsalter der Lehrer*innen in Berlin ist mit 50 Jahren besonders hoch und eine massive Einstellungswelle wird in den nächsten Jahren dringend erforderlich sein, wenn der Schulbetrieb aufrechterhalten werden soll. Die neue Regelung gilt daher vor allem jungen Lehrer*innen und wird die Lehramtstudierenden von heute betreffen.

Bei den Protesten geht es hauptsächlich um die großen Unterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrer*innen. Im Laufe des Berufslebens verdienen Angestellte 100.000 Euro weniger als Beamt*innen. Große Unterschiede gibt es darüber hinaus im Krankheitsfall und in der Altersvorsorge und -versorgung. Daher ist die Gleichstellung zu ihren verbeamteten Kolleg*innen eine der Hauptforderungen in der aktuellen Auseinandersetzung: *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*

Entsprechend hoch ist die Kampfbereitschaft der Lehrer*innen, die im Laufe der letzten Aktionen noch gewachsen ist. So beteiligten sich u.a. beim Warnstreik am 23. April 3.000 an der zentralen Streikdemonstration.

Die Proteste in der dritten Maiwoche fallen mitten in die Abiturprüfungen. Deswegen werden sie sogar von offiziellen Schüler*innen- und Elternvertretungen und einem Großteil der Medien angefeindet. Ihnen wird vorgeworfen, ihre Interessen auf Kosten der Schüler*innen durchsetzen zu wollen. Eine Antwort darauf, wie die Lehrer*innen



sonst ihre Forderungen durchsetzen sollen, bleiben die Kritiker*innen dabei jedoch schuldig. Die Schüler*innen haben dafür eine Woche mehr Zeit, sich auf die Prüfungen vorzubereiten.

Dieser Kampf hat jedoch eine Bedeutung, die über das bloße Wohlbefinden einer Berufsgruppe hinausgeht. Es ist ein Kampf gegen die vom Senat geförderte Spaltung der Bildungsarbeiter*innen in einen schrumpfenden privilegierten Kern und eine zunehmend prekarierte Peripherie. Wir wollen dagegen ein Bildungssystem, dass von Arbeitenden und Lernenden selbst kontrolliert wird und ihren Interessen dient. Doch die Auseinandersetzung der Berliner Lehrer*innen steht auch allgemein für den Kampf gegen eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seit der Agenda 2010.

Auf die schlechteren Arbeitsbedingungen im Bildungssystem folgen schlechtere Lernbedingungen. Diese Verhältnisse nützen nur dem sparenden Senat, der seine Politik nach Gutsherrenart diktiert. So sehen das auch viele Schüler*innen und organisieren einige Aktionen in der Protestwoche der Lehrer*innen.

Arbeitende und Lernende müssen im Bildungssystem zusammen kämpfen – das hat für uns Studierende der Verlauf der RSPO-Proteste gezeigt. Auf die Studierenden wartet nach Beschluss der RSPO nun eine weitere Verschlechterung der Lernbedingungen. Der isolierte Kampf gegen die RSPO war zu schwach, um sich durchzusetzen. Zukünftige Kämpfe brauchen daher die Unterstützung von Arbeiter*innen. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße!

Wir von **WAFFENDERKRITIK** wollen daher eine Solidelegation von Studierenden zu den Protestaktionen organisieren. Außerdem planen wir ein Teach-In, bei dem wir über Arbeitsbedingungen im Bildungssystem reden wollen.

Kein Schäuble-Wahlkampf an der FU!

Finanzminister Wolfgang Schäuble kommt an die FU Berlin, um über die „Zukunft Europas“ zu reden. Doch welche Zukunft hat er uns anzubieten?

Schäuble ist ein politischer Vertreter des deutschen Kapitals. Als solcher setzt er in Europa schonungslos die Interessen der deutschen Banken und Konzerne durch, um den Arbeitsmarkt zu restrukturieren und die Profitrate zu erhöhen. Im Rahmen der sogenannten Troika werden dafür harte Kürzungsdiktate gegen Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Zypern usw. erzwungen. Millionen von Lohnabhängigen, Frauen, Migrant*innen, Rentner*innen, und nicht zuletzt arbeitende und studierende Jugendliche werden so ins Elend gestürzt. Schäuble trägt dafür die direkte Verantwortung. Die Zukunft, die er anzubieten hat, heißt für inzwischen über 60% der Jugendlichen in Griechenland und Spanien Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Eine solche Zukunft wollen wir nicht! Weder für uns noch für die Millionen von Menschen in Südeuropa, die für eine Krise bezahlen sollen, die nicht sie, sondern wirtschaftliche und politische Kapitalvertreter*innen verursacht haben. Die Proteste in Südeuropa gegen die Diktate der Troika, die von den Kapital-Vertreter*innen der jeweiligen Länder willig ausgeführt werden, bedürfen unserer vollsten Solidarität. Denn nicht zuletzt sind die sozialen Angriffe auf die Menschen dort auch Vorboten größerer Einschnitte hierzulande.

Darum lasst uns am Dienstag gemeinsam Schäuble zeigen, dass seine Wahlveranstaltung, die Spardiktate der Troika und die „Zukunft“, die er uns verkaufen möchte, an der FU nicht erwünscht sind! *Schäuble raus aus der FU! Keine Diktate der Troika gegen Südeuropa! Hoch die internationale Solidarität!*

Protest gegen Schäuble: Dienstag, 7. Mai, 9 Uhr, Hörsaal 1a, FU Berlin (Silberlaube)

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

jeden zweiten Mittwoch um 19 Uhr im
Café Commune (Reichenberger Str. 157)

8. Mai: 6 Monate Streik bei Neupack
Seit dem 1. November 2012 streiken die ArbeiterInnen beim Hamburger Verpackungshersteller Neupack gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Doch die Bürokratie ihrer eigenen Gewerkschaft fällt ihnen in den Rücken. Welche Lehren können aus dem Streik gezogen werden?



Herausgegeben von

R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

VSdP: R. Müller, Hamburg

ABC des Marxismus

M wie Marktwirtschaft

Die einen wollen sie „sozial“, die anderen wollen sie „frei“, alle wollen sie beschützen. Wir nicht. Der Grund: Der Marktwirtschaft geht's nicht um Bedürfnisbefriedigung, sondern um Geldvermehrung.

In der Marktwirtschaft treffen sich Menschen als Privateigentümer*innen zum Tausch. Angesichts der Warenvielfalt benötigt Handel ein allgemeines Tauschmittel: Geld.

Geld bedeutet in der Marktwirtschaft Zugriffsrecht auf alle Produkte und Dienstleistungen. Geld besitzt daher eine besondere Qualität: Es hat selber keinen Gebrauchswert (wie jede andere Ware). Als allgemeines Tausch-

mittel stellt es „nur“ die potentielle Befriedigung aller möglichen Bedürfnisse dar. Diese Eigenschaften machen Geld zum Machtmittel und Objekt der Konkurrenz. Entstand es als Mittel der Bedürfnisbefriedigung durch Handel, wurde es unvermeidlich zum Zweck allen Wirtschaftens.

Selbst wenn Brot produziert wird und in hungrige Mägen wandert, ist das nicht der Existenz von Bedürfnissen sondern der Existenz von Nachfrage (= Bedürfnis + Kaufkraft) geschuldet. Jedoch haben immer weniger Menschen Geld, um aus ihren Bedürfnissen Nachfrage zu machen. Zudem macht techni-

scher Fortschritt die Menschen, deren Privateigentum keine Produktionsmittel umfasst, nicht nur arbeits- sondern auch einkommenslos. Deshalb stört sich die Luxusautoproduktion auch nicht an Milliarden von Hungertoten, solange mit Ferraris mehr Geld zu machen ist, als mit Semmeln.

Geld und Privateigentum sind Kernelemente der Marktwirtschaft und darum nicht ohne diese aufzuheben. Die gesamte Wirtschaft muss vergesellschaftet werden, damit demokratische Planung das Geld überflüssig macht und die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt der Produktion stellt.



1. Mai in Bangladesch

Am 1. Mai ist es in Bangladesch zu Demonstrationen gekommen. Es ging um den Einsturz einer Textilfabrik, bei dem über 400 Menschen ihr Leben verloren. Auch in Europa wurde nach der Katastrophe in den Medien ausführlicher als gewohnt über die Arbeitsbedingungen in Textilfabriken berichtet. Davon, dass der durchschnittliche Mindestlohn der Menschen dort bei umgerechnet circa 37 Euro im Monat liegt, dass Kinderarbeit an der Tagesordnung ist und dass alle nahmhaften Textilverkäufer*innen in diesen ausbeuterischen Betrieben ihre Ware herstellen lassen.

Unmittelbar nachdem die Kunde des Einsturzes die westlichen Konsument*innen erreichte, waren alle Unternehmen voll des Entsetzens und des Mitgeföhls – Primark kündigte sogar an, für die Opfer finanziell aufkommen zu wollen. Die Textilvertreiber*innen ließen die Öffentlichkeit wissen, dass niemand etwas geahnt habe von den schlechten Verhältnissen. Diese Aussage kann allerdings nur wie zynisches Gelächter klingen.

Auf den Demonstrationen am 1. Mai wurde vor allem gefordert, der Eigner der Fabrik solle gehängt werden. Dieser Zorn ist verständlich. Jedoch können sich die Arbeitenden in Bangladesch und überall in den Fabriken nur von der Sklaverei der Ausbeuter*innen und indirekt auch der gedankenlosen Konsument*innen befreien, wenn sie selbst die Kontrolle der Fabriken übernehmen. Wünschenswert wäre somit, dass nach den Tagen der Trauer um den 1. Mai eine Mobilisierungswelle folgt, um die Ausbeutung von Menschen in Bangladesch und überall auf der Welt zu bekämpfen.

WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet:

An der **FU Berlin** jeden **Donnerstag** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).

An der **Uni Potsdam** jeden **Donnerstag** um **18 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.

In **München** jeden 1. und 3. **Sonntag** im Monat um 17 Uhr in der „StuVe“ (Leopoldstraße 15 / Vordereingang).

Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ waffenderkritik@riseup.net



Für einen klassenkämpferischen Feminismus!

Brot und Rosen

Care-Arbeit in der Krise

Mit dem Begriff der *Care-Arbeit* werden all jene unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten bezeichnet, die im weiteren Sinne aus der Pflege und Sorge um andere Menschen bestehen – wie die Hausarbeit, die Erziehung und Betreuung von Kindern, die Alten- und Krankenpflege, aber auch die affektive Arbeit des Zuhörens und sich Kümmerns und der sexuellen Reproduktion.

Care-Arbeit wird häufig von Frauen* geleistet und nur gering entlohnt. Frauen* waren historisch für Care-Arbeit zuständig, zudem wird ein Teil von ihr ohne Entlohnung geleistet. Dies bedeutet in einer sexistischen Gesellschaft die Möglichkeit, diese Tätigkeiten abzuwerten und geringe Bezahlung durchzusetzen.

Im Zuge der Aktivierung von Frauen* für den Arbeitsmarkt und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse wird es immer schwieriger, alle Care-Tätigkeiten unbezahlt auszuführen. Sie werden also in Teilen ökonomisiert oder nebenher mehr schlecht als recht geleistet. Einige Bereiche werden privatwirtschaftlich so organisiert, dass sie Profite für Einzelkapitale ermöglichen.

Damit werden Geringverdienende ausgeschlossen, z.B. bei der Altenpflege, und außerdem werden nur die Bereiche abgedeckt, in denen Profite möglich sind. In anderen Bereichen wird Care-Arbeit an illegalisierte Migrant*innen delegiert, z.B. bei der Hausarbeit. Wieder anderes wird staatlich organisiert. Dieser Prozess erfolgt nur soweit, wie er Profitraten nicht belastet. Da sich Care-Arbeit aber nicht in dem Maße rationalisieren lässt wie die Produktion, wird sie immer teurer im Vergleich zu dieser und wird so immer mehr zum Problem für die Profitraten. Darum steht die öffentliche Care-Arbeit ganz oben auf den Listen neoliberaler Kürzungspolitik.

Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren, denn von der Krise der Care-Arbeit sind wir alle betroffen. Denn es ist selten so sichtbar wie hier, wie wenig der Kapitalismus sich um unserer tatsächlichen Bedürfnisse schert!

* Um dem rein gesellschaftlichen Charakter der Zwei-Geschlechtlichkeit Rechnung zu tragen, markieren wir bestimmte Begriffe mit einem *.

Herausgegeben von

RI0 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

VSdP: R. Müller, Hamburg